

[» BAD SALZUFLEN](#)[» DIE LINKE« STELLT PROJEKT »SOZIALE STADT BAD SALZUFLEN« ZUR DISKUSSION](#)

Haushaltskonsolidierung nicht zu Lasten der Bürger

Bad Salzuflen (dib). Für die nächste Sitzung des Hauptausschusses am 10. März und des Rates am 17. März hat die Ratsfraktion der Linken beantragt, ein Projekt, das mit »Soziale Stadt Bad Salzuflen« überschrieben ist, auf die Tagesordnung zu setzen.

Im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes stehen nach Auffassung der Linken-Fraktion nicht nur schwere Entscheidungen an, sondern auch, wie es der Fraktionsvorsitzende Matthias Obenhaus betitelte, »ist für die Bürger der Stadt ein umfangreiches Bündel von Grausamkeiten zu erwarten.« Dabei verhehlen die Linken nicht, dass die prekäre Haushaltssituation nicht nur über Einsparungen, sondern auch über die Anhebung von Steuern, Gebühren und Entgelten stabilisiert werden muss und sind bereit, ihren Teil dazu beizutragen und entsprechende Beschlüsse zu unterstützen.



»Wir sind jedoch nicht bereit, diese Haushaltskonsolidierung komplett auf dem Rücken der Bevölkerung abzuwickeln«, heißt es in einer Erklärung der Linken-Fraktion. Der Rat habe eine unmittelbare Verpflichtung gegenüber sozial schwachen Familien und Einzelpersonen, denen weitere Belastungen nicht mehr zuzumuten sind, weil sie dadurch nicht nur weiter an den Rand der städtischen Gemeinschaft gedrängt werden, sondern über diesen Rand hinausgetrieben und damit vom sozialen Leben komplett abgeschnitten werden. »- Dieser Teil der Bevölkerung muss in unserer besonderen Obhut stehen«, sagt Obenhaus. »Aus diesem Grund haben wir den Antrag für das Projekt »Soziale Stadt« gestellt«.

Die Linken beantragen erstens als Sofortmaßnahme die Erarbeitung einer Liste, in der alle freiwilligen Leistungen der Stadt, mögliche Vergünstigungen durch Tochterunternehmen und nahe stehenden Dritten enthalten sind. »Damit wird eine Übersicht über den Ist-Zustand der tatsächlichen Unterstützung für sozial Schwache geschaffen«, so der Ratsfraktionsvorsitzende. Dabei stehe es außer Frage, dass auch gemeinnützige Einrichtungen wie das Museum und das Umweltzentrum weiterhin Zuschüsse erhalten müssen. Und Fraktionsgeschäftsführer Günter Kleinpennig ergänzt: »Die freiwilligen Leistungen sollten Grundaufgaben einer Kommune sein, um die Armsten der Armen zu unterstützen.« Die Linken fordern zweitens, diesen Ist-Zustand festzuschreiben und gegebenenfalls an veränderte Bedingungen anzupassen. Damit wollen sie verhindern, dass in einzelnen Bereichen »unbemerkt« negative Veränderungen vorgenommen werden können.

Mittelfristig schlagen die Linken vor, eine Leistungsliste zu erstellen, die den Ist-Zustand ergänzen könnte. Sie schlagen vor, über ein Sozialticket für den Stadtbus und einen Sozialtarif für Strom und Gas zu diskutieren. Die Einrichtung einer »Salze-Card« für Arbeitslosengeld-II-Empfänger, für Personen, die Altersgrundsicherung erhalten, für GEZ-Befreite, sowie für Flüchtlinge und Asylanten schlagen die Linken als weitere mittel- bis langfristige Maßnahme vor. Mit dieser Karte, die diskriminierungsfrei das »grüne Blatt« ablösen soll, sollen die bisherigen Leistungen gebündelt werden. »Damit werden Einzelmaßnahmen zu einem Konzept für sozial benachteiligte Bürger zusammengesetzt. Die Einführung dieser Karte darf nicht in Verwaltungsnormen stecken bleiben. Deshalb muss sie von allen Fraktionen mit getragen werden«, führte Obenhaus an. Aus all diesen Maßnahmen, die die Linken zur Diskussion stellen, ergibt sich das Projekt »Soziale Stadt«.

Der Rat sei aufgefordert, sich dem Projekt anzuschließen und es in der Geschäftswelt der Kurstadt zu protegieren. Zielsetzung müsse es sein, möglichst viele Einrichtungen, Institutionen, Gewerbebetriebe und Kulturschaffende mit einzubinden. »Rat und Verwaltung sollten im Zusammenspiel mit Wirtschaft, Handel, Gewerbe und Banken, mit Kulturschaffenden und Medien alles unternehmen, den Gedanken »Soziale Stadt« als Standortfaktor zu fördern, zu intensivieren, zu konkretisieren, und vor allem kontinuierlich auszugestalten«, heißt es abschließend im Antrag der Linken.

vom 20.02.2010 | Ausgabe-Nr. 8B

 Drucken |  Versenden[« weitere Artikel](#)